



Finanzkrise kostet USA 12,8 Bill. Dollar

Description

Eine Studie der Non-Profit-Organisation [Better Markets](#) kommt zum Ergebnis, dass die Finanzkrise 2008 die USA „sehr konservativ“ gerechnet 12,8 Bill. Dollar kostet. Die errechnete Schadenssumme beinhaltet bisher erlittene Einbußen beim Bruttoinlandsprodukt und bis 2018 modellhaft gerechnete künftige Auswirkungen hierauf. Aus beiden ergeben sich Verluste in Höhe von 7,6 Bill. Dollar. Die restlichen 5,2 Bio. Dollar kommen aus weiteren Modellrechnungen, die die Gegenmaßnahmen der Fed zu bewerten versuchen.

Obwohl die [Studie](#) teilweise auf Modell-Rechnungen beruht, dürfte die Größenordnung wohl nicht so falsch liegen. Dabei ist die Vermögensverminderung der amerikanischen Privathaushalte um elf Bill. Dollar ebenso wenig enthalten wie ein in den Staatshaushalt von 2008 bis 2018 gerissenes Loch von bis zu acht Bill. Dollar. Auch die Gegenmaßnahmen der Regierung sind laut den Autoren der Studie nicht einbezogen. Sie fordern eine umfassende Bankenregulierung.

Die Banken in den USA sehen das naturgemäß anders. Jamie Dimon, CEO von JPMorgan Chase, eben jener Bank, die Anfang Q2 über zwei Mrd. Dollar verzockt hat, hat jüngst erst wieder vor „unüberlegten Eingriffen in den besten und transparentesten Kapitalmarkt der Welt“ gewarnt. Oft wird vorgerechnet, dass die von Obama angestrebte Wiedereinführung der Volcker-Regel die Banken über 300 Mrd. Dollar jährlich kosten würde. Sie verbietet den Banken Spekulationen auf eigene Rechnung. Ebenfalls wird gerne angeführt, dass die US-Banken durch die Krise rund 500 Mrd. Dollar an Marktkapitalisierung „geopfert“ haben. „Peanuts“ gegenüber den eingangs angeführten Kostenschätzungen.

Hans-Peter Burghof von der [Universität Hohenheim](#) glaubt, dass solche Rechnungen wie die von Better Markets zumindest ein einigermaßen begründetes Gefühl für die Größenordnungen vermitteln können. Die Schuld für die Krise aber ausschließlich bei Banken und Regulierern zu sehen, sei zu einfach. Er sagt gegenüber [presstext](#): „In den USA gibt es ein oligarchisches System. Die Abhängigkeit vom Finanzsektor ist riesig. (...) Die Politik hat sich mit dem Finanzsektor verschworen, um das Konsumniveau auf Pump hochzuhalten. Eine zufriedene Bevölkerung hat das Angebot dankend angenommen, was die Machtverhältnisse zementiert.“



Burghof fährt fort: „Auch in Europa steigt der Einfluss der Finanzlobby. Einige Politiker missbrauchen das Ideal 'Europa' um auch hier oligarchische Herrschaftsstrukturen zu zementieren.“ Seiner Meinung nach führt an einer Regulierung der Banken kein Weg vorbei, wenn eine Wiederholung der Krise verhindert werden soll. Perfekte Regeln gebe es nicht. So könnten zu hohe Eigenkapitalvorschriften verhindern, dass Banken ihre Funktion ordentlich erfüllen.